

Weniger Geld für alte Menschen

SOZIALES / Hartz IV kürzt Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen, die Sozialhilfe beziehen, das „Taschengeld“.

THORSTEN SCHARNHORST

ESSEN. Eigentlich sind 44,40 Euro nicht gerade ganz viel Geld. Aber eben nur eigentlich. Bislang erhielten Sozialhilfeempfänger in Alten- und Pflegeheimen ein „Taschengeld“ von 88,80 Euro und dazu monatlich noch einen maximalen Zusatzbetrag von bis zu 44,40 Euro. Letzterer soll nun gestrichen werden - eine Folge von Hartz IV. „Das geht an die Menschenwürde“, konstatiert bitter Georg Bonerz, Geschäftsführer des mitten in Essen gelegenen Alten- und Pflegeheims Marienhaus. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen der Altenhilfe im Bistum Essen protestiert scharf gegen diesen „Skandal“.

Mit einer Unterschriftenaktion sollen den Politikern die Leviten gelesen werden: „Hier treffen Reformmaßnahmen Personen, die aufgrund ihres hohen Alters auf fremde Hilfe angewiesen sind und zu den ärmeren Menschen in unserer Gesellschaft gehören.“ Die Verfasser des Protest-Papiers fordern die Politiker barsch auf, die Taschengeld-Kürzung aus dem Hartz-IV-Gesetz zu streichen.

Ein Typ, der kein Blatt vor den Mund nimmt

Ihre letzte Lebensphase verbringen 112 Bewohner im Marienhaus. Bonerz und seine Mitarbeiter erleben das Sterben als behüteten Alltag. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in einem Pflegeheim beträgt 0,9 Jahre. Der in seinem Engagement kompromisslos handelnde Bonerz: „Wir sind die letzte Alternative - aber die wenigsten kommen freiwillig zu uns. Und ich sage unseren Leuten auch nie: ‚Hier sind Sie zu Hause.‘ 85 bis 100 Jahre alt sind die Schutzbefohlenen. ‚Wir sehen darauf, dass sie hier bei uns in Frieden sterben können.‘ Und diesen Leuten, ausgerechnet diesen, geht die Politik ans Geld.

Bonerz ist der Typ, der kein Blatt vor den Mund nimmt, der für seine Leute kämpft, „damit der Menschenwürde nicht die Luft ausgeht“. Den Mann aus Duisburg-Marxloh macht wü-



Georg Bonerz (li.), Geschäftsführer des Essener Alten- und Pflegeheims Marienhaus, im Gespräch mit Bewohner Karl-Heinz Müller. Bonerz macht sich Sorgen um die Geldkürzungen, die seinen Bewohnern im Januar drohen, die Sozialhilfe erhalten. (Foto: Hans Hartwig)

tend, dass es den Politikern an Einsicht fehlt: „Behinderte und Alte hätte man aus dem Reformprozess ausklammern müssen. Sie sind bedürftig und wehrlos.“ Die Politik, ärgert sich der bärtige Mann, sei instinktu-

Er weiß genau, was der Abzug der 44,40 Euro bedeutet: Da fehlt das Geld dann für den Friseur. Vom Taschengeld müssen auch nicht verschreibungspflichtige Medikamente, der Zahnersatz und Fahrtkosten zum Arzt bezahlt werden. „Der Deo-Stift oder die neue Zahnbürste kann nicht mehr bezahlt werden. Die Tasse Kaffee am Nachmittag entfällt“, fürchtet Bonerz. Aber neben diesen Selbstverständlichkeiten geht mehr verloren: Die alten Menschen fühlen sich ab-

geschoben und entwürdigt.

Das Reformstück mit dem monströsen Titel Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) treibt Georg Bonerz Zornesfallen auf die Stirn: „Die zehn Euro Praxisgebühr macht unseren Leuten hart zu schaffen.“ Als Schwerpunkt seiner Arbeit hat sich die Pflegeversicherung herausgebildet: „Die Einstufungen sind oft falsch.“ Immer wieder werde versucht, Bedürftige in die Stufe 1 einzuordnen, obwohl Stufe 3 offensichtlich angemessen wäre. „Das machen wir nicht mit“, wettet der Marienhaus-Geschäftsführer. „Wir legen Widerspruch ein, gehen zum Sozialgericht.“ Etwa 70 Fälle seiner Bewohner stehen dort zur Verhandlung an.

An seiner Schranktür ist das

Wort ANGST angepint. Das heißt: „Akzeptiere Nur Gute Sinnvolle Tatsachen“. So ist er. Die vielen beliebigen Politiker-Sprüche in den vielen Rederunden im Fernsehen stoßen ihn ab: „Da kommt nichts bei herum. Wie bei der Papstwahl sollten Politiker vor wichtigen Entscheidungen eingesperrt werden. Erst bei weißem Rauch, sollten sich die Türen öffnen.“ Der Mann hat rigorose Vorstellungen.

„Knallhart den Sozialstaat zurückgefahren“

Dabei weiß er genau, dass der Sozialstaat unbedingt Reformen braucht. Schweden sieht er als Vorbild: „Die haben knallhart den Sozialstaat zurückgefahren, weil er nicht

mehr finanzierbar war.“ Nur: „Wem nimmt man was. Das muss sozial gerecht sein.“

In München gibt es den so genannten Pflege-Stammtisch. Da machen inzwischen 600 Frauen und Männer aus allen möglichen Berufen mit. Einmal haben sie sich eine Nacht lang alle eine Windel umgebunden, um zu wissen, wie sich viele Heimbewohner damit fühlen. Bonerz möchte mit Berufskollegen gemeinsam einen solchen Stammtisch auch in Nordrhein-Westfalen gründen. Und die beteiligten Politiker sollten dann einen Monat mit 88,80 Euro auskommen - wie jene Heimbewohner, die finanzielle Hilfe zum Lebensunterhalt benötigen. Da bleiben knapp drei Euro am Tag. (NRZ)